

Katja Kipping in Rostock

Am 24.10. hatte der Kreisverband Rostock Katja Kipping zu Gast. Auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Stadthalle wollten 188 Gäste mit der LINKEN-Vorsitzenden u.a. über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) diskutieren.

Warum sinkt die Wahlbeteiligung? Warum wollen sich immer weniger Menschen in Parteien engagieren? Liegt ein Grund für diesen gefährlichen Trend vielleicht auch darin, dass die Parteien den Finger nicht mehr am Puls der Zeit haben? Ist es nicht so, dass wir uns seit Jahren mit den immer gleichen Fragen beschäftigen, als ob sich die Bedürfnisse und auch Sorgen und Nöte vieler Menschen nicht grundlegend gewandelt hätten?

Bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung, eine gerechtere Verteilung der Zeit, oder in der ökologischen Frage: Entwicklung statt der Fixierung auf

schen Diskurs in Berlin oder in der Kommune vor Ort kaum eine Rolle spielen.

Wer die Nachrichten schaut, kann diesen Eindruck gewinnen. Ist die PKW-Maut unser Schicksal, oder doch eher russische Kampfflieger am fernen Horizont? Und in der Kommune, die als Keimzelle der Demokratie bezeichnet wird? Können wir hier die Gesellschaft noch gestalten oder erschöpft sich (auch linke) Kommunalpolitik nicht in der permanenten Schlacht gegen jene, die sagen, wir können uns das nicht leisten? Nehmen wir uns noch die Zeit, uns tiefschürfend mit gesellschaftlichen Prozessen auseinanderzusetzen?



quantitatives Wachstum. Das sind Fragen, die in Teilen der Gesellschaft heiß diskutiert werden, aber im hektischen politi-

Fortsetzung auf S. 3



Gedenkfahrt nach Sachsenhausen

Mehr dazu auf den Seiten 4 bis 5



Der SDS begrüßte Erstsemester*innen

Mehr dazu auf Seite 6



Protest gegen Anschaffung von Drohnen

Mehr dazu auf Seite 16

In dieser Ausgabe

Seite 2: „Unrechtsstaat“

Seite 3: Katja Kipping

Seite 4: Rotfeder

Seite 5: Sachsenhausen

Seite 6: Campustag

Seite 7: Back-Subbotnik

Seite 8: Landesbasiskonferenz

Seite 9: Antinaziprotest

Seite 10: Mietpreisbremse

Seite 11: Seniorensicherheit

Seite 12-13: Plattdeutsches

Seite 14: Christen in der DDR

Seite 15: Veranstaltungen

Seite 16: Drachen statt Drohnen

Im Oktober weilte unsere Parteivorsitzende Katja Kipping in Rostock. Wer die Veranstaltung zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen und Sozialstaatlichkeit – Linke Politik im 21. Jahrhundert“ nicht besuchen konnte, kann sich in dieser Ausgabe des KLARTEXT informieren. Die anspruchsvolle Diskussion lässt sich schwer zusammenfassen, versucht habe ich es trotzdem. Das Bedingungslose Grundeinkommen steht im Parteiprogramm der LINKEN – als Diskussionsangebot. Solche Diskussionen sind wichtig, nicht nur über dieses Thema. Wir haben zwar ein Parteiprogramm, aber die Gesellschaft entwickelt sich weiter. Wir müssen uns auch neuen Themen stellen, offen sein für Diskussionsangebote aus der Gesellschaft. Der KLARTEXT wird hierzu seinen Beitrag leisten.

Die Novemberausgabe des KLARTEXT ist ein Beleg dafür, dass bestimmte Themen nicht an Bedeutung verlieren. Das

KLARTEXT online

Verabscheuungswürdiger Anschlag auf Asylbewerberheim

Zu dem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Groß Lüsewitz erklären der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter, und der migrationspolitische Sprecher, Hikmat Al-Sabty:

„Der Brandanschlag hat offenbar einen rechtsextremen Hintergrund. Bereits im Dezember 2013 verteilte die NPD in Groß Lüsewitz ein hasserfülltes Flugblatt mit der Überschrift ‚Leitfaden zum Umgang mit den Asylanten in der Nachbarschaft‘. Der Angriff ist ein weiterer verabscheuungswürdiger vorläufiger Höhepunkt in dem menschenverachtenden Vorgehen gegen ein friedliches Zusammenleben mit den Flüchtlingen.

Es ist dringend erforderlich, eine breite gesellschaftliche Debatte über ausländerfeindliches, rechtsextremistisches und demokratiefeindliches Denken und Handeln zu führen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Ächtung der Rechtsextremen. Ein von Innenminister Lorenz Caffier angestrebtes NPD-Verbotsver-

gilt leider für den Neofaschismus, mit dem sich eine Landesbasiskonferenz beschäftigte. Nico Burmeister berichtet. Eike Dettmann schildert seine Eindrücke vom Anti-Nazi-Protest in Stralsund. Johanna Jawinsky und Kurt Kaiser erinnern in ihren Beiträgen an die geschichtlichen Wurzeln der neofaschistischen Umtriebe.

In der Dezemberausgabe (die ca. am 10.12. herauskommt) wollen wir ausführlich über den Landesparteitag berichten, der sich vor allem mit unserer Kampagne gegen Kinderarmut befassen soll. Wir werden dann wie versprochen auch die gegenwärtige Situation in Rostock und dem Landkreis Rostock analysieren.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

fahren kann nur ein Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus sein. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, dem organisierten und dem Alltagsrassismus die Stirn zu bieten. Jede und jede an seinem Platz muss mit dafür Sorge tragen, dass MV tatsächlich zu einem weltoffenen und toleranten Land wird, bereit sich mit Menschen zu solidarisieren, die ihre Heimat wegen Krieg und Diskriminierung verlassen müssen.

Von Polizei und Verfassungsschutz erwarten wir, dass die Vorgänge schnellstmöglich aufgeklärt werden.“



Gemeinsame Erklärung des Kreisvorstandes Landkreis Rostock und des Ortsverbandes Krakow am See der Partei DIE LINKE

Der Kreisvorstand des Landkreises Rostock *DIE LINKE* hat auf seiner Beratung gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen sowie SympathisantInnen des Ortsverbandes Krakow am See über aktuell-politische Probleme diskutiert.

Dabei haben wir uns auch mit der Präambel der Sondierungsgespräche in Thüringen beschäftigt.

Mit großer Mehrheit haben die Genossinnen und Genossen sowie Gäste der Sitzung festgestellt, dass die Formulierung „DDR = Unrechtsstaat“ von uns nicht mitgetragen wird, obwohl wir durchaus anerkennen, dass es auch in der DDR Unrecht gab.

Für das politische Wirken der *LINKEN* ist es kontraproduktiv, moralische Kategorien als Ausgangspunkt von Regierungshandeln zu setzen.

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wie der Begriff des Unrechtsstaates so kritiklos von den Thüringer *LINKEN* übernommen werden konnte.

Verprellt werden damit all diejenigen, die auch heute noch ihre Motivation für ihr politisches Engagement in, bei und für die *LINKE* aus ihrem Lebensalltag der DDR beziehen.

Gemeinsam mit ihnen werden wir uns auch weiterhin politisch dafür einsetzen, das Erfurter Programm der *LINKEN* im Alltag umzusetzen.

DIE LINKE.Kreisvorstand Landkreis Rostock
Markt 34
18273 Güstrow
Telefon/Fax: 03843/687311
Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de

Mitglieder und SympathisantInnen *DIE LINKE*. Ortsverband Krakow am See

Bei 2 Enthaltungen mehrheitlich verabschiedet in 18292 Krakow am See, am 14. Oktober 2014

Katja Kipping in Rostock - Fortsetzung



Fortsetzung von S. 1

Wir luden die Vorsitzende der LINKEN nach Rostock ein, um diesem politischen Hamsterrad für ein paar Stunden zu entfliehen und über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus zu blicken. Als Thema suchten wir uns das Bedingungslose Grundeinkommen (kurz: BGE) aus, über das unser Parteiprogramm sagt: „Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“ Auf dem letzten Bundesparteitag fiel diese Diskussion, na klar, der Tagespolitik zum Opfer. Wir hingegen nahmen uns die Zeit.

Was ist das BGE? Hierzu macht die Rotfeder auf S. 4 dieser Ausgabe ein paar Aussagen. Die Idee wird in Gesellschaft und Linkspartei kontrovers diskutiert, so auch auf unserer Veranstaltung. Ist das BGE ein Transformationsprojekt, mit dem der Kapitalismus überwunden werden kann? Sollten wir uns nicht vorerst auf das Ziel der Arbeitszeitverkürzung konzentrieren? Das wäre sicherlich realistischer. Aber andererseits vermissen nicht wenige an unserer Partei den revolutionären Esprit. Ist das BGE nicht ein Mittel, die Menschen

aus den kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien? Und schon waren wir bei der Frage angelangt, welche Gestalt eine Revolution im 21. Jahrhundert annehmen müsste. Man müsse immer auf dem Stand der Produktivkraftentwicklung diskutieren, forderte Katja Kipping, und erteilte damit jeglichen Reminiszenzen an die Oktoberrevolution eine Absage. Die Haltung zum BGE ist nicht zuletzt eine Frage des Menschenbildes. Wer geht noch arbeiten, wenn jeder 1000 Euro im Monat bekommt? Gibt es nicht ohnehin bei den jungen Menschen eine Null-Bock-Generation, die auf Schulabschluss und Ausbildung

pfeift, wenn ihnen 1000 Euro im Monat garantiert sind? Oder denken wir da nicht zu schlecht über die Menschen?

Katja Kipping lieferte Antworten und hat vielleicht einige Teilnehmer*innen dazu bewegt, sich tiefergründiger mit dem Thema zu beschäftigen. Wird das BGE jemals mehrheitsfähig in der Gesellschaft sein? Es per Beschluss einzuführen, hielt ein Diskussionsteilnehmer jedenfalls für keine gute Idee. Die Unterstützung für das BGE müsse vielmehr von unten wachsen.

Das Ziel, politisch interessierte Bürger zum Besuch einer Veranstaltung der LINKEN zu bewegen, wurde erreicht. Die Rostocker LINKE will auch in Zukunft Themen aufgreifen, die in der Gesellschaft heiß diskutiert werden. Wir werden Probleme aufgreifen, die den Menschen heute unter den Nägeln brennen, wir wollen aber auch jenen utopischen Überschuss suchen, den die Menschen bei anderen Parteien nicht finden.

Ein Dankeschön geht an Nico und Micha von Solid sowie an Klaus Ledebuhr, die mit ihrer tatkräftigen Hilfe ihren Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung leisteten.

Text: Carsten Penzlin, Foto: Klaus Ledebuhr



Rotfeder und das bedingungslose Grundeinkommen

Im März beobachtete ich, was in den Berliner Gewässern so vor sich geht. Damals fiel mir die schönste Parteivorsitzende Deutschlands auch dadurch auf, dass sie offenbar auch die klügste und die kulturvollste ist. In ihrer Bewerbungsrede um die Wiederwahl auf dem Parteitag zitierte Katja Kipping aus Brechts Kreidekreis. Das Land soll denen gehören, die gut zu ihm sind.

Am 26. Oktober kam sie in die Stadthalle, um mit Rostockern über linke Politik zu diskutieren. Im Zentrum ihrer politischen Arbeit steht die Sozialpolitik. Sie befürwortet das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens. Grund genug für mich, die Warnow zu verlassen, mir einen der ganz wenigen freien Plätze zu sichern und zu hören, was für Argumente ausgetauscht wurden.

Wie nicht anders zu erwarten, gab es Zustimmung und Bedenken. Katja Kipping erläuterte die vier Grundelemente, die das Projekt Grundeinkommen umfasst. Das erste ist die Existenz- und Teilhabesicherung. Zweitens soll es als individueller Rechtsanspruch für alle Menschen verwirklicht werden. Drittens soll es keine Bedürftigkeitsprüfung geben und viertens darf kein Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen erhoben werden. Befürchtungen der Gegner wurden teil-

weise mit der Frage beantwortet: „Was habt ihr bloß für ein Menschenbild?“ Jeder denkt, er selbst würde verantwortungsvoll die Chancen nutzen, aber der faule Nachbar würde sie nur schamlos missbrauchen. Ja, ihr Menschen, denkt einmal über euer Menschenbild nach. Es gibt nämlich nicht nur ein Bild vom Menschen und die Gesellschaft funktioniert weder wie ein Weinberg noch wie eine Hähnchenmastanlage, sondern viel differenzierter und vielfältiger. Sie sollte aber auch kein Dschungel sein. Es ist sehr schwer oder sogar unmöglich, ein Lebensmodell für alle zu entwerfen. Sollte man nicht erst einmal konkrete Ziele ins Visier nehmen? Kostenlose Kindereinrichtungen, Beteiligung aller an der Rentenversicherung, Kampf um Arbeitszeitverkürzung und höhere Mindestlöhne, ungehinderter Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur für alle, kostenlose medizinische Versorgung, freier Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen, Förderung Benachteiligter, Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten usw.? Dass das möglich und sinnvoll ist, hat der lange Kampf um den Mindestlohn bewiesen. Die Hartz-IV-Regelungen sind jedenfalls menschenrechtswidrig. Bürokratischer Zwang ist das Gegenteil von freier Entfal-

lung der Persönlichkeit. Aber das ist doch das Ziel von uns LINKEN, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen: die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für freie Entwicklung aller (Manifest).

Es ist niemals gut, wenn eine kleine Gruppe festlegt, wie alle zu leben haben. Menschen sind sehr verschieden. Es gibt kein einfaches Lebensmodell für alle. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen kann aber ein Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen sich vieles besser entwickeln kann als es heute ist.

Nach der Veranstaltung habe ich mich noch weiter informiert. Viele Fragen werden auf www.grundeinkommen.de diskutiert und auch beantwortet. Das Grundeinkommen wird nicht heute oder morgen und wohl auch nicht nur in Deutschland eingeführt werden können. Und vorher sind noch viele kleine und große Schritte zu tun.

Das meint eure Rotfeder



Gedenken an die „27“

Am 12. Oktober reisten 17 Rostocker Frauen und Männer nach Sachsenhausen, um an der Einweihung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an 27 ermordete Widerstandskämpfer teilzunehmen. Der besondere Grund für uns war die Erinnerung an den in Rostock geborenen und aufgewachsenen Rudolf Mokry, der zu den 27 gehörte.

Der Anlass

Am 27. März 1944 entdeckte die SS im KZ Sachsenhausen eine Rundfunk-Abhörstelle, von der Auslandssender abgehört worden waren, sowie im Lager verteilte Flugblätter. Hierauf begann eine Sonderabteilung des Reichssicherhauptsamtes mit Untersuchungen, um die internationale Widerstandsorganisation im Lager zu zerschlagen. Trotz grausamer Verhöre und

Einsatz von Spitzeln gelang lediglich der Nachweis, dass deutsche Kommunisten eine Solidaritätsaktion unter den Häftlingen durchgeführt hatten. Dennoch ermordete die SS am 11. Oktober 1944 heimlich 24 deutsche und drei französische Häftlinge. 102 weitere Häftlinge wurden nach Mauthausen abgeschoben. Am 70. Jahrestag der Ermordung fand nun eine Gedenkveranstaltung mit der Einweihung einer Gedenkstele statt.

Rudolf Mokry war einer der 27. In Rostock geboren und aufgewachsen, erlernte er den Beruf eines Schmieds. Trotz der schweren Arbeit war er ein aktiver Sportler und nahm am Aufbau des Rostocker Arbeiter-

sportstadions teil.

Arbeitslosigkeit zwang ihn zum Auswandern aus Mecklenburg. Seine neue Heimat wurde Hamburg.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



1930 der KPD beigetreten, verließ der diese 1932 wieder, blieb aber seiner antifaschistischen Gesinnung treu. Obwohl er 1933 schon einmal verhaftet worden war, baute er 1935 eine Hamburger antifaschistische Jugendgruppe auf, der Jugendliche unterschiedlicher Weltanschauung, auch katholische Christen, jüdische Wanderfreunde, Angehörige der SPD, der Bündischen Jugend, darunter Studenten, angehörten. Er organisierte illegale Zusammenkünfte und Schulungen.

1936 erneut verhaftet, verbüßt er 6 Jahre Zuchthaus, wird dann aber nicht freigelassen, sondern nach Sachsenhausen deportiert. Dort gehört er dem illegalen internationalen Lagerkomitee an.

Über ihn berichteten Mithäftlinge, dass er anderen Häftlingen auch durch seine humorvolle Art half, das Lager zu ertragen. Rudi Mokry versuchte sogar sich die englische Sprache anzueignen, weil er der Überzeugung war, dass nach der Befreiung internationale Zusammenarbeit notwendig werde.

Am 5. Mai 1944 wird er festgenommen. Freunde berichteten, dass er nach Verhören völlig zerschlagen im Krankenrevier eingeliefert wurde. Schließlich wird er am 11.10. mit den anderen auf einem LKW verschleppt und noch am selben Tag erschossen.

reich im Betrieb Rüstungsprodukte für die deutsche Wehrmacht sabotiert, ein anderer war nach dem Spanischen Freiheitskampf auf der Flucht gefasst worden. Auch im KZ-Außenlager Heinkelwerk 8 versuchten sie, den Bau von Kriegsflugzeugen zu behindern.

Joëtte Vialette sagte, dass sie kurz nach der Verhaftung ihres Vaters geboren wurde und ihn so niemals kennen lernen konnte. Christiane Giffard berichtete, dass das letzte Lebenszeichen ihres Vaters ein Brief zu ihrem 11. Geburtstag war, indem er sie zu fleißigem Lernen anspornte. 1945 nach der Befreiung hofften sie auf die Rückkehr ihrer Väter. Nachdem sie lange keine Nachricht erhielten, teilte ihnen ein Mithäftling mit, dass ihre Väter nicht mehr lebten.

Mehrmals reisten sie nachdem nach Sach-

und wir verabredeten, künftig noch enger zusammenzuarbeiten.

Das Denkmal „Klang der Erinnerung“ ging aus einem künstlerischen Wettbewerb an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee hervor. Von sieben Entwürfen wurde einstimmig das von Eva Schmidhuber ausgewählt. Sie berichtete auf Nachfragen, dass sie sich mit dem Leben der 27 befasst hatte und daher auf den Gedanken kam, die Namen der 27 auf je einer Platte mit deren Geburtsdatum zu versehen. An dem Kunstwerk waren auch Studentinnen aus anderen Ländern darunter aus Brasilien und Südafrika beteiligt. So kam ein außergewöhnliches Denkmal zustande. Die unterschiedliche Länge der Platten kennzeichnet die unterschiedliche Länge des

Lebens. „Klang der Erinnerung“ heißt es, weil jede der Stäbe bei Wind oder beim Anfassen einen Klang erzeugt. Dieser Klang soll für alle Zeiten die Erinnerung weitertragen.

Gedenkstein in Rostock

Auch in Rostock wurde an Rudolf Mokry erinnert. Am 14. Mai 1975 wurde ihm zu Ehren von Sportlern der Stadt Rostock ein Gedenkstein am Volksstadion errichtet. Dieser Stein befindet sich jetzt auf dem Kastanienplatz im Barnstorfer Wald. Dort



Die Gedenkveranstaltung

In einem kleinen Wäldchen der Gedenkstätte Sachsenhausen fand die Veranstaltung beim Standort der noch verhüllten Stele statt. Schüler des Oranienburger Georg-Menheim-Oberstufenzentrums begleiteten die Veranstaltung mit musikalischen Darbietungen. Nach Begrüßungsworten von Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten und dem Vorsitzenden des Sachsenhausen-Komitees der BRD, e.V. Andreas Meyer, sowie einer Vertreterin der französischen Delegation nahmen zwei Töchter der französischen Widerstandskämpfer Joëtte Violette und Christiane Giffard das Wort.

Diese berichteten über das Leben ihrer Väter, deren Berufe und Widerstandsarbeit. So hatte einer der Väter schon in Frank-

sachsenhausen und wollten, solange es ihre Kräfte erlauben, auch im nächsten Jahr dorthin wieder zurückkommen. Die Welt sei heute nicht so, wie es den Idealen ihrer Väter entsprach. Daher wollen sie so mutig und standhaft wie sie weiter für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt kämpfen. Dann wurde die Stele von den französischen Frauen und ihren deutschen Freunden gemeinsam enthüllt. Dies alles hat uns Rostocker zutiefst berührt.

Wir trafen dort auch auf Freunde aus Hamburg. In Hamburg hatte sich eine Gruppe junger Antifaschisten sich mit dem Leben von Mokry befasst und weil sie ihn bewunderten, Geld für einen Stolperstein gesammelt sowie die Verleihung eines Straßennamens „Mokrystraße“ in Wilhelmsburg durchgesetzt. Die Hamburger, wie auch Freunde aus Berlin waren wie wir tief beeindruckt von der Gedenkveranstaltung,

wurde am 11. Oktober 2014 ein Gebäude der Vereinigung VVN-BdA, Basisorganisation Rostock, niedergelegt.

Nur zwei Wochen nach der Ermordung der „27“, verstarb nach schweren Mißhandlungen am 27. Oktober 1944 in Sachsenhausen der ehemalige Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete der Stadt Rostock.

In Sachsenhausen inhaftiert waren auch die Rostocker Willy Schroder, Wilhelm Biel, Alois Dünkel, Leo Fox, Karl Gries, Willy Jagow, Hans Mahncke, Gerhard Müller, Albert Riebeling, Hans Warnke und Theo Wickel. Sie wurden von der Roten Armee befreit.

Johanna Jawinsky



Bericht des SDS vom Campustag



Am 07.10.2014 stand der diesjährige Campustag der Universität Rostock auf dem Plan. An jenem Tag strömen hunderte, wenn nicht gar tausende von Studierenden, insbesondere Erstsemesterinnen und Erstsemester, auf den Campus in der Ulmenstraße und machen ihre ersten Schritte im neuen Lebensabschnitt Studium. Der Campustag ist eine hervorragende Möglichkeit, um unkompliziert und niedrigschwellig an viele junge Menschen heranzutreten und für sich zu werben. Denn nirgendwo erreichen wir potenzielle Neumitglieder und junge Wähler so einfach, wie auf dem Campustag. Neben einigen privaten Unternehmen (etwa örtlichen Kneipen oder Fitness-Studios), der Sparkasse, der WiRo oder Initiativen, wie Amnesty International, waren auch die Hochschulgruppen vertreten. Am Standort Rostock umfasst dies die Hochschulgruppen der LINKEN, der SPD, der Grünen und der Splitterpartei FDP.

Wir haben in diesem Jahr in Vorbereitung auf den Campustag hohen Aufwand betrieben. So stellten wir 1000 „Erste-Hilfe-Tüten“, die nützliche Utensilien für das Stu-

dierendenleben beinhalteten, zusammen. Neben Kondomen mit der Aufschrift „Freiversuch“ (den es an der Universität im Übrigen aktuell zu retten gilt), befand sich in den Tüten ein aufwendig zusammengestellter Happy-Hour-Stundenplan, welchem man für jeden Tag der Woche entnehmen kann, in welchen Bars und Kneipen man günstig feiern kann. Deutlich sichtbar vermerkt ist in diesem Stundenplan zudem unser alle zwei Wochen stattfindendes Treffen der Hochschulgruppe.

Zu diesen Dingen gesellten sich noch ein Kugelschreiber, sowie diverse Informationsmaterialien.

An unserem Stand boten wir zudem die bewährte Zuckerwatte an, sowie mehrere hundert Kekse, die wir vorab mit unseren Genossinnen und Genossen im SBZ Dierkow

selbst produziert hatten (siehe Bericht auf S. 7). Derart ausgestattet, fiel es uns nicht schwer Aufmerksamkeit zu erregen und dies sogar in einem Maße, das den unübersehbaren Neid der politischen Konkurrenz auf sich zog. Es bildeten sich immer wieder lange Schlangen, so dass wir dazu übergingen, unsere Materialien und Leckereien über praktische Bauchläden zu verteilen. De facto lief es so gut, dass wir zur Mittagszeit praktisch „ausverkauft“ waren. Da sich zur selben Zeit aber das Wetter deutlich verschlechterte und entsprechend der Andrang abnahm, war dies zu verschmerzen.

Allerdings war das Verteilen von Keksen und Zuckerwatte kein Selbstzweck. Die so gewonnene Aufmerksamkeit nutzten wir, um den interessierten Studierenden die Möglichkeit anzubieten, sich für ein von uns organisiertes Rhetorik-Seminar, sowie für Fahrten in den Bundes- und Landtag anzumelden – die entsprechenden Anmeldelisten waren schnell recht gut gefüllt. Wir bewarben weiterhin die Möglichkeit bei uns in der Geschäftsstelle diverse Praktika abzuleisten, die für viele Studiengänge obligatorisch sind, was auch sehr gut angenommen wurde. Natürlich entstand auch das ein oder andere allgemeinpolitische Gespräch. Alles in allem sind wir der Meinung, unsere Partei gut repräsentiert zu haben. In der Folge haben sich zudem schon einige Interessierte gemeldet, die gerne bei uns mitmachen würden.

Insgesamt bewerten den Campustag 2014 als großen Erfolg, den es im nächsten Jahr zu bestätigen gilt.

Christian Albrecht



Back-Subbotnik mit dem SDS in Dierkow



In Vorbereitung auf den Campustag hatten wir vom SDS am 02.10.2014 ins SBZ Dierkow geladen, um uns Unterstützung beim Backen von Plätzchen zu holen. Diese wa-

ren dafür bestimmt, am Campustag an interessierte Studierende verteilt zu werden und jene auf kulinarische Art und Weise von den Vorzügen einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung zu überzeugen. Ob uns dies gelungen ist, sei dahingestellt aber in jedem Fall wurden uns die Kekse förmlich aus den Händen gerissen und unisono für gut befunden. Da-

ren dafür bestimmt, am Campustag an interessierte Studierende verteilt zu werden und jene auf kulinarische Art und Weise von den Vorzügen einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung zu überzeugen. Ob uns dies gelungen ist,

mit waren sie ein voller Erfolg und sorgten außerdem für einige Schmunzler, durch die extra für den Campustag angefertigten Gravuren auf ihnen.

Wir freuen uns sehr, dass so viele Genossinnen und Genossen unserem Aufruf gefolgt sind und uns tatkräftig unterstützt haben. An dieser Stelle möchten wir uns nochmal ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken! Das Backen in Dierkow war eine schöne Aktion, die uns neben der Herstellung köstlichster Backwaren auch viele interessante Gespräche mit unseren Genossinnen und Genossen ermöglicht hat, also auch menschlich eine tolle Sache. Wir würden uns sehr freuen, solche und ähnliche Aktionen auch in Zukunft organisieren zu können und dort wieder auf die Unterstützung unserer älteren (und backfähigeren) Genossinnen und Genossen zählen zu dürfen.

Christian Albrecht

Billiges Manöver - Eisbären statt Tänzer?

Es ist eine weitere Kleinstadt-Posse: Eigentlich war Herr Oberbürgermeister Methling strikt gegen das Zoo-Bauprojekt „Polarium“. Es gab sogar mal ein Papier der Verwaltung, unterschrieben von Methling, das sehr deutlich machte, ein Polarium sei zu teuer und die Stadt könne sich eine Investition dieser Größe nicht leisten. Plötzlich und überraschend verschwand dieses Papier.

Stattdessen legt der OB nun einen Vorschlag vor, dem Zoo doch höhere Zuschüsse

zu geben, damit das Polarium realisiert werden kann. Hat er es sich anders überlegt?

Des Pudels Kern steckt in der Finanzierung, die Methling wie folgt vorsieht:

Bei anderen wichtigen Trägern der Stadt werden Gelder gestrichen. Der Zuschuss des Theaters solle demnach um 300.000 Euro gekürzt werden, auch bei den Bibliotheken müsse man sparen, bei den Stadtteil- und Begegnungszentren ebenfalls. Warum tut er das?

Nun, OB Methling weiß sehr genau, dass

die Bürgerschaft einer solchen Vorlage niemals zustimmen würde. Provoziert er eine Ablehnung? Handelt es sich um ein politisches Manöver, um der Bürgerschaft seine Ansicht zu verdeutlichen, die Kassen seien knapp und wir können und kein Polarium leisten? Hätte er es ernst gemeint, läge uns ein solider Vorschlag zur Finanzierung vor, der zustimmungsfähig ist.

Eva-Maria Kröger

LYRIK

Kurzformeln (von Jürgen Riedel)

ins Amt gedealter Politiker
= Juncker
Leistungs-Spiegelbild eines Allerweltnamens
= Schulz
Union für grenzüberschreitende Profitgier
= EU

Michels Geschmack (von Jürgen Riedel)

Heino hören
Pilcher lesen
Merkel wählen

Wahlgarantie (von Jürgen Riedel)

wie eine Burg eroberte Hindenburg
Gunst Geröll-labiler Wählermasse
wie ein Meer überflutet Merkel
Kritik an ihrer trüben Durchschnittlichkeit:
viele Wähler oft treibsandig für Merkel
sie und Hindenburg
beide mit dem Image
schaumweißer Wohlanständigkeit
beide ohne burgzinnenhohen IQ



„Dem Neofaschismus Einhalt gebieten!“ - Konstruktive Landesbasiskonferenz mit rund 60 Teilnehmer*innen in Güstrow

Knapp 60 Genoss*innen und Sympathisant*innen waren der Einladung zur Landesbasiskonferenz unter dem Motto „Dem Neofaschismus in Mecklenburg-Vorpommern Einhalt gebieten!“ der LAG Innerparteiliche Kommunikation gefolgt. Trotz eines Bahnstreiks war der Saal also gut gefüllt.

In drei Einführungsreferaten wurde zunächst einmal die neofaschistische Szene in Mecklenburg-Vorpommern erläutert. In dem Eröffnungsvortrag, welchen ich selbst halten durfte, skizzierte ich die Erscheinungsformen und Strategien der braunen Szene in MV.

Unser Bundesland gilt für die NPD und die sogenannten „Freie Kameradschaften“ eine Modellregion. Schon vor Jahren wurde hier die enge Zusammenarbeit zwischen den Kameradschaftsbünden und der NPD erprobt. Die zunehmende Verzahnung, die trotz aktueller Streitigkeiten um die zukünftige Ausrichtung der NPD, in MV zu einer regelrechten Symbiose in der rechten Szene geführt hat, ist nach wie vor Vorbild für andere Bundesländer. Dies gilt insbesondere nach dem Rausfliegen der NPD aus dem sächsischen Landtag. Auch Modeerscheinungen wie die Autonomen Nationalisten (AN) oder die Nazi-Hipster („Nipster“) konnten kurz umrissen werden.

Anschließend hielt Gregor Kochhan vom Bündnis „Vorpommern - welt-offen, demokratisch, bunt!“ ein Impulsreferat zu den Parolen und Themenfelder der NPD und ihrer Sympathisant*innen. Hetze gegen Geflüchtete sei nach wie vor ein Hauptthema der Nazis. Aber auch die altbekannte Forderung nach der „Todesstrafe für Kinderschänder“ thematisierte Herr Kochhan. Im Anschluss zeigte er die teilweise bestürzenden Überschneidungen von Wahlplakaten der NPD mit Slogans der „Alternative für Deutschland“ (AfD), die nun in ebenfalls in mehreren Kreistagen MV's vertreten ist.

Als dritter Referent war Gerd Walther eingeladen worden. Er sollte unter anderem über die kommunale Verankerung von

Neonazis berichten. Krankheitsbedingt fiel sein Referat leider aus, dafür erläuterte Peter Ritter die Grundzüge des „Schweriner Wegs“. Der sogenannte „Schweriner Weg“ ist eine Vereinbarung aller demokratischen Fraktionen im Landtag, geschlossen gegen Anträge der NPD zu stimmen. Damit sich die Parteien nicht wie früher im sächsischen Landtag gegeneinander auspielen lassen können, antwortet auf Anträge der NPD auch stets nur eine Fraktion. „Wir

natürlich immer noch sehr stark, was ein gemeinsames Vorgehen gegen die NPD oft verkompliziert.

Nach den Einführungsreferaten gab es Gelegenheit zur Diskussion. Eine Möglichkeit, von der rege Gebrauch gemacht wurde. Als einer der ersten Redner*innen kam Dr. Axel Holz ans Mikrofon und schilderte die Aufgabenbereiche der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA), dessen Bundessprecher er ist. Unter anderem ging er auf die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ ein, die gerade völlig neu überarbeitet wurde und während der Konferenz angesehen werden konnte. Im Laufe des Tages konnte die VVN-BdA ein neues Mitglied begrüßen.

Die Konferenz hat eines deutlich gemacht: Als LINKE ist es eine unserer zentralen Aufgaben, gegen rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen vorzugehen. Gleichzeitig ist der enge Schulterschluss mit Bündnissen wie „Vorpommern - welt-offen, demokratisch, bunt!“ und der VVN-BdA essentiell für den Erfolg antifaschistischer Arbeit. Dennoch darf es nicht bei dem schlichten „Wir sind gegen Nazis“ bleiben. Wir müssen den Menschen vor Ort konkrete Lösungen für ihre Sorgen und Nöten aufzeigen und dürfen über die Alltagspolitik nicht unser längerfristiges Ziel, die Überwindung des kapitalistischen Systems hin zu einem Demokratischen Sozialismus, aus den Augen verlieren. Faschistische Denkweisen sind Teil der kapitalistischen Gesellschaft, folglich kann der Nazismus auch nur mit der Überwindung dieser Gesellschaft gelingen.

Ein ausdrückliches Dankeschön geht an die LAG Innerparteiliche Kommunikation, die diese Konferenz organisiert hat. Politische Bildung für uns und für Sympathisant*innen unserer Partei ist nach wie vor notwendig, wenn wir den aktuellen Problemen dieser Gesellschaft begegnen wollen.

Text: Nico Burmeister

Fotos: www.originalsozial.de



LINKE sind diejenigen, die es in den letzten Jahren am besten hinkommen haben, in unseren Gegenreden ausgewogene Reaktionen für alle Fraktionen zu artikulieren“, erklärte Peter Ritter. Trotz der gemeinsamen Ablehnung der NPD sind die inhaltlichen Unterschiede zwischen CDU, SPD, Bündnisgrünen und unserer Partei



(de) Eskalation mit Methode

Ein Bericht über die Ereignisse rund um den Nazi-Aufmarsch in Stralsund

Wie so viele Antifaschist*Innen und Nazi-gegner machte auch ich mich zusammen mit 3 Freunden am Sonnabend auf den Weg nach Stralsund, da die NPD und die sogenannten „Freien Kräfte“ zu einem „Gedenkmarsch“ anlässlich der Bombardierung Stralsunds 1944 aufgerufen hatten. Dass geschichtsvergessene Nazi-Propaganda über die Unrechtmäßigkeit des Bombenterrors der Alliierten im 2. Weltkrieg verbreitet wird, ist ja nichts Neues.

Unsere Autobesetzung machte sich zeitig auf den Weg von HRO nach Stralsund. Auf der Fahrt rätselte man darüber, wie viele Nazis kommen würden und wie erfolgreich man jene ärgern könnte. Ebenso spekulierte man über das Verhalten und die Einsatzstärke der Polizei. Als dann durchsickerte, dass der für diesen Tag verantwortliche Einsatzleiter der gleiche wie am 8. Mai in Demmin sei, konnte man bereits ahnen, wie der Nachmittag/Abend verlaufen würde.

Unsere Autobesetzung entschloss sich dazu, den Nazis zu folgen um eventuelle Routenwechsel an andere Gegendemonstrant*Innen weiterzugeben. Dazu hatten sich auch andere Leute entschlossen, so dass ca. 15 Menschen den Nazis dicht auf den Fersen waren (darunter auch mindestens 4 Zivilpolizisten, die uns interessanter fanden als die Nazis). Als dann die erste größere Blockade den Nazi-Aufmarsch für längere Zeit zum stehen brachte, gingen einige andere Menschen und ich, u.a. auch interessierte Stralsunder*Innen, zu besagter Blockade um sich das ganze mal anzuschauen.

Das rief 4 Angehörige des „Konfliktmanagement-Teams“ der Staatsmacht auf den Plan, die uns (gut 30 Meter friedlich und wortlos auf einem Weg neben der Straße stehend) fragten, was wir hier machten. Es wurde ihnen gesagt, dass wir nur mal gucken wollten. Doch der Beamte schien uns nicht zu glauben und wies uns an uns

zu entfernen, da gleich geräumt würde und wir in Gewahrsam kämen, wenn wir dem nicht Folge leisteten. So hatte ich Deeskalation eigentlich nicht in Erinnerung. Doch es passierte nichts. Stattdessen mussten die Nazis ihre Route ändern, die sie und uns u.a. direkt gen Hafen führte.

Als der Nazimob direkt am Wasser entlang marschierte, kamen aus einer Seitengasse gut 50 Gegendemonstrant*Innen dazu, die zuvor die Staatsmacht überlistet hatten. Das rief jedoch die Polizeistreitkräfte auf den Plan, die bisher die Nazis begleitet hatten. Diese stürmten plötzlich auf uns zu und ließen Knüppel und Fäuste ohne Rücksicht auf Verluste fliegen. Einem meiner Freunde wurde z.B. direkt auf den Kehlkopf geschlagen, so dass dieser in der kommenden Stunde teils massive Atemprobleme hatte. Beim Versuch die Gegendemonstrant*Innen einzukesseln, agierten die Polizisten aber ziemlich konfus und unkoordiniert, so dass die Absperrung sehr löchrig und mit ein paar Schritten nach links oder rechts zu umgehen war.

Kurz bevor die Nazis den Marktplatz erreichten, um dort ihre Kundgebung abzuhalten, gelang es vielen Gegendemonstrant*Innen selbigen friedlich zu besetzen, um somit die Nazis an der Kundgebung zu hindern. Doch hier lieferte die Polizei ein erschreckend gewaltbereites Bild ab, jenseits von Gut und Böse. Der Versuch von einer 50er Einheit Polizisten den 4800 qm großen Marktplatz zu räumen, geriet zu einem Katz und Maus-Spiel zwischen Staatsmacht und Demonstrant*Innen. Hier ließen die Staatsdiener endgültig ihre Maske fallen. In meiner unmittelbaren Nähe wurde eine Demonstrantin von einem Polizisten von hinten ohne Not und Vorwarnung heftig umgeschubst. Als diese sich danach (zu Recht) beschwerte, sagte der Schubsende zu ihr: „Halt die Fresse und verpiss dich, du F***!“ Es war erschreckend anzusehen, wie den Polizisten der Knüppel juckte. Noch erschreckender war, dass bevorzugt Frauen Opfer der polizeilichen Gewalt wurden.

Das ganze erweckte den Eindruck, dass die Staatsmacht den Nazis ihre Kundgebung etc. mit Biegen und Brechen ermöglichen wollte – koste es was es wolle! Auch von anderen Gegendemonstrant*Innen war zu hören, dass diese ein solch gewaltbereites Verhalten von Einheiten aus Mecklenburg-Vorpommern noch nie gesehen haben.

Hat der oberste Dienstherr unserer Ordnungshüter*Innen vergessen, dass im Landtag ein interfraktioneller Antrag von allen (!) demokratischen Fraktionen angenommen wurde, der sich mit Demonstrationenkultur und einem toleranteren Verhaltensweise gegenüber Demonstrant*Innen befasst, die sich friedlich gegen Nazidemokratie zur Wehr setzen? Ist das noch nicht bis ins Innenministerium durchgesickert oder werden nur die Landtagsbeschlüsse umgesetzt, die den Herrschenden in den Kram passen?

Dieser Antrag wurde am Sonnabend mit Füßen getreten. Scheinbar hat man weder aus den Geschehnissen am 1. Mai in Rostock, noch aus denen vom 8. Mai in Demmin gelernt. Die Gewaltbereitschaft bei Teilen der Polizei nimmt unaufhörlich zu! Friedlicher Protest gegen Nazis ist so kaum noch möglich.

Ich warte eigentlich nur noch darauf, dass aus Schwerin wieder ein Satz à la „Was haben auch Frauen auf so einer Demo zu suchen?!“ kommt. Bezeichnend ist hierfür, dass die Koalition aus SPD und CDU sich wieder einmal geweigert hat, eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten einzuführen um Demonstrant*Innen die Möglichkeit zu bieten, sich auf juristischem Wege gegen solch brutale Auswüchse seitens einiger Polizisten zu wehren.

Für Caffier und Co. scheint aber der Feind leider immer noch links zu stehen, und Kollateralschäden nehmen sie billigend in Kauf. Auf dem rechten Auge hingegen sind sie offensichtlich blind.

Eike Dettmann

Hilfe für UNICEF

Weihnachtsaktion DIE LINKE Rostock: „Mit UNICEF auf dem Weihnachtsmarkt“ - Wir suchen Freiwillige!

Vom 4.-11. Dezember werden wir als LINKE den UNICEF-Stand auf dem Weih-

nachtsmarkt in Rostock übernehmen und somit der Organisation helfen, den Stand dieses Jahr durchzuführen. Dafür brauchen wir DICH!

Wer Lust und Zeit hat, meldet sich bitte bei evakroeger@gmx.de oder un-

ter Eva's Rufnummer 01778899401.

Danke für Deine Hilfe!

Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin



Sogenannte Mietpreisbremse ein zahnloser Tiger



der Markt hergibt. Das offensichtliche Hauptproblem, vor dem die Bundesregierung wider besseren Wissens die Augen verschließt: Auch alle anderen Mieten werden steigen, da durch die teuren neuen Wohnungen die Mietspiegel weiter nach oben gezogen werden. Die Mieter, die die Bundesregierung angeblich schützen will, bleiben mal wieder allein in ihren Wohnungen zurück.

Die Mieterinnen und Mieter müssen trotz groß angekündigter sogenannter Mietpreisbremse weiter mit steigenden Mieten in vielen Städten und Ballungsräumen rechnen. Es ist offensichtlich: Die Immobilienlobby hat sich gemeinsam mit ihrem Verbündeten, der CDU, auf ganzer Linie durchgesetzt. Mieterinnen und Mieter, Wohnungssuchende haben das Nachsehen.

Die vielen Ausschlussregelungen garantieren den Investoren und Vermietern weiterhin großzügige Renditen. Bei Neubauten und „umfanglich sanierten“ Wohnungen wird wie bisher die prekäre Lage ausgenutzt und die Wohnungssuchenden kräftig zur Kasse gebeten. Hier gilt nach wie vor, dass jede Miete verlangt werden kann, die

um 10 Prozent über dem Mietspiegel. Bei jeder Weitervermietung. Auch wenn sich an der Wohnung nichts weiter ändert, als dass Frau A aus- und Herr B einzieht. Bei bestehenden Mietverträgen soll die Miete ebenfalls ohne, dass die Wohnung mit der Zeit auch nur einen Deut besser wird weiter steigen dürfen. Um 15 Prozent in vier Jahren.

Ein weiteres Problem: Es bleibt weiter den Ländern überlassen, ob es eine Deckelung der Mieten bei Wiedervermietung auf maximal zehn Prozent über dem Mietspiegel geben wird. Denn eine Verpflichtung sieht das Bundesgesetz nicht vor. Das hat zur Folge, dass die vermeintliche Mietpreisbremse in weiten Teilen der Republik nicht bremsen wird, wenn CDU-regierte Länder dieses Gesetz nicht umsetzen. Mit Inkrafttreten ist also keinesfalls gewährleistet, dass das Gesetz den Mietanstieg tatsächlich bremst.

Bei Weitervermietung von bestehendem Wohnraum soll die Miete nicht mehr unbegrenzt steigen dürfen sondern „nur“ noch

DIE LINKE hat ihre Vorschläge seit langem auf den Tisch und auch zur Abstimmung in den Bundestag eingebracht. Eine echte Mietpreisbremse muss unserer Meinung nach einschließen, dass es keine Mieterhöhung nur aufgrund von Wiedervermietung geben darf und Mieterhöhungen nur maximal im Rahmen des Inflationsausgleichs zulässig sein dürfen. Gleichzeitig muss der soziale Wohnungsbau wieder angekurbelt werden und der Mietspiegel so reformiert werden, dass er die tatsächlichen Durchschnittsmieten abbildet und nicht die Mieterhöhungen der letzten 4 Jahre. Doch diese dringend erforderlichen Maßnahmen sind mit der GroKo nicht zu machen. Sie belastet lieber weiter Mieterinnen und Mieter und garantiert der Baulobby und den Immobilienfonds ihre Renditen.

Heidrun Bluhm

Kritik an Landesregierung

Landesregierung bar jeder Ideen oder Konzepte für ländliche Räume

Wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage unserer Sprecherin für Landesentwicklung der Linksfraktion, Regine Lück, „Vorschläge zur Stabilisierung, Förderung und Entwicklung ländlicher Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen“ (Drs. 6/3316) hervorgeht, hat die Landesregierung offenbar keinerlei eigene Ideen und kein Konzept, wie die Abwärtsspirale der ländlichen Räume gestoppt werden kann.

„Die Antwort auf die Frage, welche Vorschläge die Ministerien zu Abweichungen von Standards oder rechtliche Vorgaben für diese Räume machen, offenbart völlige Hilflosigkeit und keinerlei Gestaltungswillen auf Landesebene“, erklärte Regine in Schwerin. Zugleich demonstrierte die Landesregierung er-

neut Respektlosigkeit im Umgang mit der Opposition. „Wir sind ja einiges gewöhnt, aber mit dieser Antwort hat die Landesregierung den Bogen überspannt“, so Frau Lück. Sie habe 15 Tage gebraucht, um eine völlig sinn- und inhaltsleere Antwort zu geben. „Deshalb habe ich mich heute mit den gleichen Fragen noch einmal an die Landesregierung gewandt. Nachdem die Landesregierung erstmals ‚Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen‘ ausgewiesen hat, kann sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen“, betonte Regine Lück. „Ansonsten stigmatisiert sie diese Räume und verabschiedet sich von dem im Länderraumentwicklungsprogramm formulierten Ziel, diese zu unterstützen und zu fördern.“

Die ländlichen Räume in MV stehen vor großen Herausforderungen, die durch Überalterung und Abwan-

derungen verursacht sind. Im Länderraumentwicklungsprogramm, welches gerade aktualisiert wird, werden die Richtungen der Entwicklungen auf ländlicher Ebene (in der Zusammenschau mit den Städten) bearbeitet. Wieviel Infrastruktur kann und wollen wir uns leisten, wenn immer weniger Leute diese in Anspruch nehmen? Inwieweit fördert das Schließen von z.B. Schulen, Gerichten und Bahnstrecken die Abwärtsspirale in besonders betroffenen Regionen (z.B. Mecklenburger Seenplatte)? Schließlich geht es darum, dass alle Menschen gleichwertige Lebensbedingungen vorfinden sollen.

Die Linksfraktion wird sich im Rahmen ihrer Winterklausur im Januar 2015 intensiv mit dem Thema befassen.



Warum ist Seniorensicherheit notwendig?

Fast jede Woche lesen wir in der Zeitung oder erfahren es im Fernsehen, dass wieder eine arglose Seniorin oder Senior getäuscht, belogen oder von Straftäter/innen ausgetrickst wurde. Die materiellen Verluste sind manchmal von kleinerer oder auch größerer Art. Auf alle Fälle ist der seelische Schaden bedeutend größer. Manchmal verschweigen die so genepten Personen auch aus persönlicher Scham, dass nun auch sie auf solche Tricks hereingefallen sind. Auf den ersten Blick scheint die Vielfalt der angewendeten Tricks groß zu sein. Es geht aber im Prinzip immer wieder um folgende Vorgehensweise:

Betrug: Durch eine geschickt aufgebaute Täuschung bringen die Täter ihre Opfer dazu, ihnen Geld oder Wertgegenstände auszuhändigen oder auf anderer Wegen zu kommen zu lassen. Sie täuschen eine Notlage vor, wobei sie an die Hilfbereitschaft appellieren. Sie stellen dreiste Forderungen als berechtigt dar oder locken mit der Aussicht, schnell zu großen Gewinnen zu kommen. Oft brauchen sie die Beute den Betroffenen gar nicht wegzunehmen, denn die arglosen Opfer geben freiwillig oft alles, was die Betrüger ergaunern wollen.

Diebstahl und Trickdiebstahl: In diesen Fällen nehmen die Täter das Geld oder die Wertgegenstände selbst weg. Dabei sind sie so geschickt, dass die Opfer den Diebstahl oder den Verlust erst im Nachhinein bemerken. Wir wollen mit unseren Beiträgen helfen, dass die Täter nicht so leichtes Spiel haben. Ausdrücklich möchten wir bemerken, dass nicht nur ältere Menschen auf Betrügereien und üble Tricks hereingefallen.

Gegenwärtig befinden sich die Zinsen bei Sparguthaben in einer großen Tieflage. Nun werden überall Aktien, Aktien- und Immobilienfonds oder Pfandbriefe als verlässliche Absicherung vor Verlusten angeboten. Es wird großspurig von Vertretern versprochen, nur wer sein Sparverhalten anpasst und sein Geld anlegt, kann im Zinstief sein Vermögen noch vermehren. Desto höher die Gewinne sein sollen, umso misstrauischer sollte man werden. Bei den oben genannten Formen der Geldanlage gibt es **keine** verlässlichen Absicherungen gegen Verluste. Eine größere Sicherheit gibt es bei folgenden Geldanlagen: Sparbücher, Sparbrie-

fe, Tages- und Festgeld. Hier gibt es eine gesetzliche Einlagensicherung bis zur Höhe von 100.000 Euro je Anleger und Geldinstitut soweit die Bank oder Sparkasse ihren Sitz in der EU hat. Aber auch das sollte man gründlich hinterfragen. Eine repräsentative Forsa-Umfrage hat ergeben: Ältere halten sich bei Finanzfragen für besser informiert als jüngere. Über 72 % der über 50-jährigen kennen sich in finanziellen Dingen gut aus. Bei den 20-29-jährigen sind es nur 59 %. Jedem vierten jüngeren (25 %) fällt es schwer, den Überblick über sein Konto zu behalten. Bei den Älteren sind es nur 15 %.

Nun fragt man sich, warum sind ältere Menschen ein lohnendes Ziel für betrügerisch vorgehende Täter?

- Trotz der vielen Fällen von Altersarmut, verfügt ein nicht geringer Teil der älteren Generation oft über beträchtliche finanzielle Mittel. An diesem verdienten Wohlstand möchten Kriminelle teilhaben;

- Ältere Menschen verfügen teilweise über größere Summen Bargeld und vielerlei Wertgegenstände. (Sie kommen nicht oft zum Geldinstitut und holen darum größere Summen ab.)

- Ältere Menschen werden auch in betrügerischer Absicht Produkte und Dienstleistungen angeboten, die ihre Interessen finden und der Gesundheit, Vitalität und ein längeres Leben angeblich garantieren sollen;

- Viele ältere Menschen sind tagsüber zu Hause, leben alleine (insbesondere Frauen), können oft schlecht sehen und begegnen aus alter Gewohnheit ihre Mitmenschen höflich und vertrauensvoll. Diese Merkmale nutzen die Täter gnadenlos aus. Sie erhoffen sich größere Chancen nicht erwischt zu werden, da sie annehmen, betroffene ältere Personen könnten keine genaue Personenbeschreibung abgeben. Sie nehmen an, diese Personen bräuchten lange, bis sie den Betrug bemerken und sie selber sind dann schon über alle Berge.

Welche Vorsichtsmaßnahmen sollte man treffen:

- keine fremde Personen in die Wohnung lassen;

- sich Dienstaussweise zeigen und eventuell reinreichen lassen, um eventuell dessen angegebene Dienststelle anzurufen. Gut ist immer, wenn man die Telefonnummern von Nachbarn besitzt, die man zur Not fragen kann;

- keine voreilige Unterschriften tätigen, denn man kann oft das sogenannte Kleingedruckte nicht so schnell lesen. Im Zweifelsfall sollte man sich das Dokument zur Prüfung ausbedingen. Wenn das abgelehnt wird, ist sowieso was faul mit dem Vertrag;

- sich nicht im Stress versetzen lassen. Also die Ruhe bewahren;

- Wie sagt ein altes Sprichwort: „Der Morgen ist klüger als der Abend.“ Man sollte alles noch einmal gründlich überlegen und sich Ratschläge einholen. Eine gute Adresse ist immer die **Verbraucherzentrale**, in Rostock unter Telefon **0391-208 70 50** zu erreichen.

Die Beratungsstelle befindet sich in der Strandstraße 98.

Nun noch ein Fakt, der mich stark beeindruckt hat.

In Deutschland besitzen im Jahre 2014:

- 80 % der Kinder im Alter von 10 - 13 Jahren ein Handy oder Smartphone;

- 33 % sind es bei 6 - 9 - jährigen Kinder;

- noch 6 % sind es bei 4 - 5 - jährigen Kindern. (Quelle: KidsVA 2014)

Das sind gegenwärtig 1,5 Millionen Kinder in Deutschland, die derzeit ein Smartphone haben - fast doppelt so viel wie vor einem Jahr - Tendenz steigend. Bei jedem dritten Grundschüler liegt neben Stofftier und Spielzeug auch ein Handy im Kinderzimmer.

Auch hier gibt es Abzocke, Gewalt, Sex. Viele Online-Inhalte sind nichts für Kinder. Die Zeitschrift „Computer - Bild 21/2014“ schreibt dazu: „... Natürlich nutzen die meisten Kinder ihr Gerät nicht nur für Telefonate oder nette Spielchen à la *Cindy Crush*. Zum Alltag gehören WhatsApp und Co. sowie Surfen im Netz es kann Monate dauern bis die Folgen versehentlich erblickter Horrorsszenen gelindert sind oft lauern Bezahlfallen direkt auf den Handy (der) Kinder harmlose Kinder-Apps als Gratis-App, als Lockmittel, aber beim Spielen wird´s teuer.“ Da kommen schon mal ganz schöne Summen zusammen.

Den Eltern ist zu raten, die Handys ihrer Kinder entsprechend einzurichten und abzusichern. Wichtig ist aber auch mit den Kindern oder Enkeln über die Gefahren im Netz zu sprechen.

Karl - Ludwig Spengler
Vorsitzender der AG Seniorenpolitik HRO



IN MEMORIAM - taun Gedächtnis



As Baron von Bassewitz mienen Vadder, „einen unerwünschten Sozi“ schimpte, verlör he sien Arbeit as Schmidt un sien Wahnrecht in Dersentin. Dat wier 1928. Dunn treckte uns Grotfamilie: Vadder, Muddder, Opa, Oma, mien Schwester un ik nah Rostock. Besonnens de Inflation makten denn Nieanfang inne Stadt swor, oewer Vadder bleef tauversichtlich, dat hei hier wedder Arbeit un Wahnung finnen wūr. In de Strandstraat vermiet ´ de Gemüsehändler Ahon Rydin ein Dackwahnung. Hier wier nu uns Tohus un nich wiet dorvon af, in Haben, Vaddings ierst Arbeitsplatz. Dor lierte he sozialdemokratisch oewer ok kommunistisch gesinnte Genossen kenn ´ un ok parteilos Kollegen, de oewerhaupt noch kein richtig Meinung harn. Mit uns Straatennahbers, Artur Klemke un Willem Mahn, sowie unsen Huswirt, Arnon Rydin, dröp sik mien Vadder öfter taun Skatspälen. De Kommunisten Klemke un Mahn stürte schienbor ok nich, dat mien Vadder ´n SPD-Genosse wier un sik gelegentlich in ´n „Reichsbanner“ – all mal mit de „SA“, oewer ok mit ´n „Rotfrontmann“, *sträden* har. De drei Skat-Genossen zeigten ok Respekt för ehrn Skatbrauder, denn Juden Rydin, de as Weltkriegsdeilnehmer, utteikent mit ´n EK I, zeigt har, dat he ´n gauden Düütscher is. Bi ´t „Kordenkloppen“ künn ´ de Männer sogor ehre politischen Differenzen vergäten. Oewer dat *Klima* ännernte sik in ´n Loop von de Johre taugunsten de Nazis, de ümmer driester wūr un ok all Wahlen gewinnen. Eines Dachs säd Artur Klemke, dat he ut de KPD rut un in de SA rin wull. He wier de Ansicht: „Bloß de Nationalsozialisten künn ´ Düütschland noch retten!“ Dor geef dat mächtigen Striet, besonnens mit Willem Mahn. So wūr ut ´n Fründschaft, Feindschaft. Wi Kinner kreegen dorvon noch nich väl mit. Uns stürte dat ok nich, dat an Klem-

kes Finster nu ´n Hakenkrützfahn hüng, denn uns Fründschaft har mit Politik noch nix an ´ Haut. Klemkes Erika, Mahn sien Heinz, Rydins Sahra und ik wiern gliekölle- rich un harn Tohus ähnliche soziale Probleme. Wat uns tosamen bröchte, un aneinander fasthollen löt, wier dat friege Läben in de Straaten von uns Oldstadt. Dor dröpen wi uns, spälten Hockay mit Bleckdosen, pietschten Brummkreisel un murmelten mit Glaskugeln. Wi towten in Haben twischen Krans un Schippe, mang de Bauden up ´n Pingstmarkt un rodelten in ´n Winter mit uns ´ Schläden denn Burgwall dahl un förrerten dorbi luuthals: „Bahn frie! - Bahn frie!“

Oewer denn, as wi 1933 tau Schaul kehmen, begünn ein anner Wind tau weihden. Man bröchte uns „nationalsozialistische Ordnung un Disziplin“ bi. De Hitlerjugend wull uns „hart as Kruppstahl, tach as Leder un flink as Windhun“ maken. Uns Öllern güng dat sietdem ok nich gaud: De SPD un KPD wier verbaden worden. Heinz sien Vadder möst sogor in ´t Gefängnis, wiel he gegen Hitler prädiget har. 1935 wull Heinz sien Schwester heuraten un möst amtlich nahwiesen, dat se arisch wier. Wat Mahns bit dorhen noch nich wüsten, erförten se nu amtlich: Ein Ur-Oma Mahn wūr as unehelich Kind geburn, un ehre Mudder har mit ´n Juden „Rassenschande“ begahn! Alle Nahkamen von Mahns wiern – im Sinn von dat „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ – nich mihr arisch. Heinz sien Schwester kreeg also kein Heiratsgenehmigung. Mit de „Nürnberger Gesetze“ heizten de Nazis de Judenverfolgung ierst richtig an. An ´n 9. November 1938 bekehr de Antisemitismus mit de „Kristallnacht“ ok in Rostock sien Höhepunkt, wat sik steigerte bit tau de Massendeportierung un Vernichtung von uns jüdischen Mitbürger in Auschwitz un anner KZ.

Üm nu de mi hüt oft stellte Fraach tau beantwortun, wat mit miene Rostocker Fründ noch passiert is, also mit Heinz, Erika un Sahra, mücht ik ierst mal dat letzt Beläwnis vertellen, wat Heinz un Sahra 1939, also in ehr ´n Dörtheihten Lebensjohr harn.

*

Se spazierten giern dörch de Oldstadt, besonnens up den „Bummel“ in de Blaut- un Kröpeliner Straat. Up denn Blücherplatz seten se giern up ein Bank ünner de Linden, keeken up denn Trubel un luuschten denn hier ümmer besonnert läwhaften

Stimmenwirrwarr. Hier spazierten de Rostocker un väle Besäuker von ´n Land ´ vörbi. Nich alle kehen taun Inköpen, väle wiern Studenten de in ´n Hürsaal ielten orer vör de Universität up ´n Rasen leegen un studierten. Annere Lüd wullten bloß „bummeln“, so as Heinz un Sahra an dissen schönen Oktober-Harwstdach. Nich allein för de Rostocker Jugend, ok för de Ollen, har de Spazierwech mang de Patrizier- un Geschäftshüser, von Kröpeliner-Dur, oewern Niegen Markt bit taun Stein-Dur all ´n traditionellen Namen: „De Bummel“.

Twischen de Börgerstieg ´ rasselte, quietschte un klingelte unentwägt de „Elektrische“. So beteikend de Rostocker dunntomal leiwillig ehre Straatenbahn.

Sahra un Heinz harn ok hüt noch n ´ Platz näben de Blücherstatue fun. Sahra wier gaud in Stadtgeschichte, un har dorvon immer wat tau vertelln. Sietdem se Heinz oewer denn in Rostock geburenen Fürst Blücher upkloht har, makte he ümmer ´n Verbeugung för dat Denkmal. Up denn Sockel von dat Monument wier ´n Zitat prägt, dat Johann Wolfgang von Goethe denn Marschall Blücher widmet har un heiten deed: *In Harren und Krieg, in Sturm und Sieg, bewusst und groß, so riss er uns von den Feinden los.*

Dor geef dat all ´mal einen Herrn de sik wunnerte, woans Heinz denn Blücher begröten deed. Dor vertellte em Heinz, dat he Rostocks gröttsten Soehn bewunnerte, wiel he as „Marschall vörwärts-pascholl“ denn Franzosenkaiser Napoleon besiegte un ümmer Plattdütsch sprök. Nah jeder gewunnene Schlacht sall he siene Russen so begrüßt hemm: „*Gauden Morjen, Kinner! Dit is mal wedder gaud gahn, de Franzosen sün ´t gewohr worn, un nu pascholl, vörwärts!*“ – Sahra, de dat hürte, har lachend denn Kopp schüttelt oewer Heinzens Flunkerie. Ok hüt har Heinz wedder mal Blücher mit ´n Verbeugung sien Respekt tollt un seggt: „*Gauden Morgen, Marschall Pascholl! Dit mal is ´t nich gaud gahn, mien Lihrer hett mi ´ne Vier in Düütsch verpasst!*“

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Sahra möst nu lachen un künn sik de Bemerkung nich verknipen:

„Blücher würde jetzt vielleicht antworten: „Dor möt sik de Kadett Heinz Mahnke beten mihr Mäh gäwen un Hochdüütsch liern!““
Denn wier Sarah werrer upfallend iernst un schlög oewerraschend för, einen von ehre leiwsten Plätz up ´n Unnerwall uptausäuken. Heinz wier inverstahn, denn he har all lang markt, dat Sahra wat bedrückte. Ünner de Truerwied, de ehre Twiege bit an´t Warer det Wallgraben reikten, harn se all öfter säten. Sahra erinnerte sik giern doran, dat ehre Mudder se dor all in ´n Kinnerwagen schaukelt, de Enten faudert un oft dat Leed säng: „Marienkäfer fliege, dein Vater ist im Kriege, deine Mutter ist in Pommerland, Pommerland ist abgebrannt!“ Sahras Mudder har dat Leed sunge, as ehr Dochter behäudt in Kinnerwagen leeg, un noch nich ahnt, dat nu, 1939, all wedder Krieg oewer de Welt kehm. Siet gistern wüsst Sahra, dat ehre Familie de Heimat verlaten möst. Ehr stünn de Tranen in de Ogen as se säd: „Ja, Heinz, wir werden nach Amerika ausreisen.- Wir müssen

es tun!“ Un se vertellte nu, dat in de Nacht all wedder de SA ehre Ladenfinster mit gemeine Würd beschmeert har. Ehre Mudder har ´n Nervenausammenbruch krägen, as de Finsterschieben klirrten un de hasserfüllte Nazimeute schlimme Parolen brüllte. Se harn Angst üm ehr Läben krägen. Ehr Vadder wier denn bi Gemeindevörsteher Max Samuel west, de em de Utreise vorschlagen un Hülp verspraken har. Sahra künn nu nich mihr wiererspräken. Ok Heinz seet ´n Kloß in ´n Hals, as he sien Fründin so seech. He wull se trösten, oewer wat süll he noch seggen? Dor föl em Opa in, de einst säd: „Diss Hitlerspök duert nich mihr lang!“ Tauletz frög Heinz Sahra noch: „Wenn de Krieg vörbi is, kümst du doch werrer Nahus?“ Sahra har Heinz ümfaat, em küsst un verspraaken tröch tau kamen. De Krieg duerte noch fief Johr, förrerte Millionen Minschenläben, makte de Welt kaputt, ok Rostock. De olle Strandstraat geef dat so nu nich mihr as se früher mal wier. Un Sahra kehm nich trög, ok Heinz nich, denn he föhl 1944 in de Normandie. So künn he ok nich mihr beläwen, dat sien Vadder dat KZ Buchenwald oewerläwte. Erikas Vadder dorgegen, de gloewt ´as Nazi dat Richtige

tau dauhn, betahlte sien Dummheit noch 1945, as Volkssturmmann, mit sien Läben. Sien Dochder, Erika, in de ik mi verleiht har, kehm ok nich werrer Nahus. Einer har se woll as „BDM-Führerin“ denunziert un in dat berüchtigt NKWD-Lager Nr.9 „Fünf Eichen“ deportieren laten. Fast 5000 Frugen, Männer un Jugendliche ut alle sozialen Schichten, hem dor de physischen un psychischen Qualen nich oewerstahn. Erika Klemke gehörte dortau. 1945 wier se 17 as se nachts afhalt wür un nah zwei Johr Liedienstied, an ´ 22. Juli 1947 storben un in ein Massengraw inschartt worden is. (1) Dat is ein besonnens tragisch Kapitel, denn de Krieg wier ja all tau End un de Faschismus besiegt. Wenn wi in disse Maidaach, nu all 69 Johr nah denn Tweiten Weltprig de Opfer von ´n Faschismus gedenken, denn wulln wi ok nich jene Doden vergäten, de denn Stalinismus unschuldig taun Opfer fallen sünd.

Kurt Kaiser

(1) Die Opfer von Fünfeichen / Namensliste der Verstorbenen, S.242 / ISBN: 3-910179-99-1

Jörg Kokott: „Zunderholz & Funken“



„Erst wenn man weiß, dass sie enden kann, hat man den Anfang der Liebe erreicht.“

Eva Strittmatters Zitat über einem harmonischen Bild des Ehepaars Erwin und Eva Strittmatter bildete nicht nur die Kulisse für den Freitag Abend im Waldemarhof. Der Sänger, Gitarrist und Autor Jörg Kokott

näherte sich dem Paar, ihrem literarischen Werk und ihren Einflüssen aufeinander auf behutsame Art.

Im Wechsel zwischen Lesen von Auszügen aus Tagebüchern und Briefen sang Kokott ausgewählte Gedichte von Eva Strittmatter, begleitet von zwei Gitarren und einem Mandolocello. Eine schöne Atmosphä-

re entstand, die zum Nachdenken und manchmal auch zum Schmunzeln anregte. Jeder der anwesenden Gäste wird durch die herausragende Stimme und Rezitation Kokotts mit ganz eigenen Antworten zur Frage „Woraus entsteht Zunderholz und was sorgt für die Funken?“ den herblich-träumerischen Einklang zum Wochenende begonnen haben.

Möglich wurde die Veranstaltung am 17.10.2014 im Waldemarhof durch die herzliche Einladung und Finanzierung durch die Vizepräsidentin und Landtagsabgeordneten Regine Lück und dem Landtagsabgeordneten Dr. Hikmat Al-Sabty.

Der Musiker Jörg Kokott ist mit seinem Strittmatter-Programm noch in folgenden Orten zu sehen und zu hören:

Am 21.10. um 19Uhr in Greifswald, am 22.10. um 19Uhr in Neubrandenburg und am 23.10. um 19Uhr in Pasewalk.



„Die DDR war eine gute Wunschstätte für Christen“

Bericht von der RotFuchs Bildungsveranstaltung am 16. Oktober 2014 in Rostock



Aus Anlass des 65. Jahrestages der Gründung der DDR, hatte die Regionalgruppe Rostock des RotFuchs Fördervereins e.V. zu ihrer monatlichen Bildungsveranstaltung das Thema gewählt: „Die DDR war eine gute Wunschstätte für Christen“. Als Referent zu diesem wichtigen und interessanten Thema konnte der bekannte und nicht nur in linken Kreisen vielgeachtete evangelisch-lutherische Theologe und Buchautor Prof. Dr. Gert Wendelborn gewonnen werden.

Im überfüllten Saal des Mehrgenerationenhauses in Evershagen in Rostock, stellte Prof. Dr. Wendelborn gleich zu Beginn seines über 60-minütigen Vortrages klar, dass nicht alle Christen in der DDR begeisterte Marxisten waren, aber die meisten Christen in der DDR ihre Wunschstätte fanden, auch wenn nicht alles gelang und sie

noch viel mehr erreichen wollten. Er selber hätte als bekennender Marxist, auch heute nichts dagegen, wenn man ihn mit Genosse anreden würde.

Sehr ausführlich berichtete er über seine Biographie und machte dabei besonders aufmerksam auf jene Begebenheiten in seinem Lebensweg, die ihn charakterlich prägten. Ob es seine Großeltern waren, die unter ärmsten Bedingungen lebten oder seinem Vater der als KZ-Häftling im Steinbruch von Sachsenhausen arbeiten mussten.

Seit 1960 war ihm klar geworden, dass es in der DDR um den Aufbau eine qualitativ neue Gesellschaft ging, wo er als Christ seine Heimat gefunden hatte. Ganz besonders beeindruckt hat ihn u.a. die von Walter Ulbricht getroffene Aussage, der die Familie als Urzelle betitelte, was in Übereinstimmung mit seinem christlichen Glauben steht, wo die Ehe und Familie der Grund menschlichen Daseins bleiben muss. In seinen weiteren Ausführungen machte Prof. Dr. Wendelborn deutlich, dass die heutige Gesellschaft 100 mal atheistischer ist als jeder sozialistische Staat, um weiter zu ergänzen, dass dieses eine gottlose Gesellschaft ist mit all ihren extremen Auswüchsen. Als CDU-Mitglied der DDR und auch als Volkskammerabgeordneter machte Prof. Dr. Wendelborn deutlich, dass sich progressive Christen in der DDR nicht nur frei organisieren konn-

ten, sondern auch vielfach eingebracht haben. Sie waren eben nicht Mitglied einer CDU in einer bürgerlichen Demokratie.

Natürlich konnte es nicht unerwähnt gelassen werden, ein paar Worte über den Pfarrer Joachim Gauck und jetzigen Bundespräsident zu verlieren. Dabei machte Prof. Dr. Wendelborn deutlich, dass es solche Christen gibt wie einst Chavez und jetzt Monduro in Venezuela und Karl Kleinschmidt in MV, die sich als christlicher Sozialist verstehen oder solche wie Gauck. Dabei betonte Prof. Dr. Wendelborn, dass man Rathaus und Kanzel nicht miteinander verwechseln darf. In diesem Zusammenhang wurde auch über den Freiheitsbegriff, so wie ihn Gauck interpretiert, mit seinem schon bis ins primitive reichenden Antikommunismus gesprochen bis hin zum Zitat von Rosa Luxemburg „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, das zwar unter Christen stets verinnerlicht werden soll, aber für Gauck wohl nicht gilt. Immer wieder wurde in seinen Ausführungen auch deutlich, dass er selbst und seine Familienmitglieder von den „bürgerlichen Christen“ angegriffen wurden, aber er stets ein christlicher Marxist geblieben ist. Dieser in sehr offene und herzerfrischende, mit kleinen markanten schelmischen Spitzen versehene Vortrag von Prof. Dr. Gert Wendelborn, hat bei den Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, was stellvertretend einige Gäste in der Diskussion zum Ausdruck brachten.

Carsten Hanke

Vorsitzender RotFuchs e. V. Rostock

Thüringen macht Mut

Zu den Entscheidungen von SPD und Grünen in Thüringen, eine Koalition mit der LINKEN bilden zu wollen und den diesbezüglichen Äußerungen von Lorenz Caffier (CDU), erklärt Björn Griese, stv. Landesvorsitzender der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern:

Tabubruch, Sargnagel, ... das Entsetzen bei der CDU bundesweit über die Entscheidung von Thüringer SPD und Grünen mit der LINKEN eine Koalition bilden zu wollen, ist groß. Inhalte werden weder bewertet noch gewürdigt. Es bleibt allein die Botschaft: mit denen spielt man nicht - und somit der Eindruck von bockigen Kindern. Wieder einmal zeigt die CDU, dass

es ihr nicht um Inhalte geht. Für die CDU ist es egal, ob sie, wie in M-V mit der SPD oder wie in Hessen mit den Grünen, regiert ... Hauptsache an den Fleischtöpfen der Macht. Sprechen sich die vormaligen Partner der CDU für eine andere Option aus, herrscht bei der Union blankes Entsetzen.

Es wird nicht einmal hinterfragt, warum Wählerinnen und Wähler mit der Politik der CDU nicht einverstanden sind und auch andere Konstellationen für möglich halten. So findet auch der CDU-Landesvorsitzende, Lorenz Caffier, nicht die Kraft für eine inhaltliche Auseinandersetzung, dabei gäbe es für die MV-CDU genug Anlässe: Gerichtsstrukturreform, Polizeistrukturreform, Landkreisneuordnung,

Theaterkonzept ... dies sind nur einige Stichworte für eine Politik, die von den Wählerinnen und Wählern mehr als kritisch hinterfragt wird. DIE LINKE in M-V wird dieser Politik weiter ihre Alternativen entgegensetzen und anders als die CDU, Politik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gestalten und zum Mitgestalten einladen - auch um Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung entgegen zu wirken.

Thüringen zeigt: eine andere Politik ist möglich, Thüringen macht Mut.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 10.11.	18:00 Uhr	Öffentliche Fraktionssitzung der Kreistagsfraktion: Auswirkungen des Kifög auf Güstrow	Güstrow	"Barlach-Stuben" Plauer Str. 7
Montag, 10.11.	18:30 Uhr	Kreisvorstand LRO	Kritzkow	Gaststätte STRIKE
Mittwoch, 12.11.	17:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Zeitzeugengespräch mit Peter-Michael Diestel zu 25 Jahren Mauerfall	Rostock	Arno-Esch-Hörsaal 2 Ulmenstr. 69
Mittwoch, 12.11.	17:30 Uhr	Mitgliederversammlung Reutershagen: Auswertung der Landesbasis-konferenz mit Nico Burmeister	Reutersh.	Ortsamt
Donnerstag, 13.11.	18:18 Uhr	Abend des Bad Doberaner Aktionsbündnisses "Für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit" anlässlich der Ökumenischen Friedensdekade	Bad Doberan	Münster
Samstag, 15.11.	09-15 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO	Reinshag.	Zur deutschen Eiche
Donnerstag, 20.11.	16:00 Uhr	RotFuchs: Klaus Blessing: "Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte"	Rostock	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 52
Freitag, 21.11.	18:00 Uhr	RotFuchs: Klaus Blessing: "Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte"	Bad Doberan	Kornhaus
Samstag, 22.11.		3. Parlamentariertag	Neubrandenburg	
Montag, 24.11.	09:30 Uhr	AG Seniorenpolitik	Rostock	Geschäftsstelle
Donnerstag, 27.11.	18:00 Uhr	Mitgliederversammlung Groß Klein	Rostock	Bürgerhaus
Samstag, 6.12.	10-17 Uhr	Landesparteitag	Güstrow	Bürgerhaus

3. Charity-Gala

Die Musikalische Weltreise geht weiter zur 3. Charity-Gala ins Restaurant Carlo 615 am Warnowufer.

Am 14.11.2014 um 19 Uhr findet die Bella-Piano Night mit Gesang und italienischem Programm statt. Als Hauptprogramm treten der Gitarrist und Sänger Peter Müller und der Pianist Robert de

Lux auf. Die Menüfolgen von Carsten Loll sind im Eintritt von 24 Euro enthalten. Wir hoffen auf zahlreiche Spenden. Kartenvorverkauf in der Buchhandlung im Doberaner Hof, ansonsten über Dorothee Barndt bzw. dann ab 18 Uhr an der Abendkasse.

Bildungsveranstaltung für Azubis

EINLADUNG zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Zur Lebenssituation von Auszubildenden“

Auf dem Papier gibt es in Mecklenburg-Vorpommern mehr Ausbildungsplätze als junge Menschen, die diese besetzen könnten. Dennoch suchen viele nach ihrer Schulausbildung vergebens nach einer Ausbildung, die ihren Namen verdient.

Doch auch wer eine Ausbildung durchläuft, hat oft mit einer ganzen Reihe von Problemen zu kämpfen. Unbezahlte Überstunden, sogenannte ausbildungsfremde Tätigkeiten und andere Widrigkeiten gehören oft zum Alltag von Azubis.

Wie genau sich die Probleme und Schwierigkeiten junger Azubis darstellen und

wie auch junge Menschen für ihre Rechte eintreten und wie wir den Kampf um faire Arbeitsbedingungen unterstützen können, darum soll es in dieser Veranstaltung gehen.

Fabian Scheller, Jugendbildungsreferent beim DGB nord, wird einen Einblick in die Lebenswelten junger Auszubildenden geben. Nach einem Eingangsreferat wird es Gelegenheit zur Diskussion geben.

Wann und wo? Die Veranstaltung findet am 04. November im Büro der LINKEN. Rostock (Kröpeliner Straße 24, Eingang Ecke Rungestraße, neben dem Pizza Hut am Universitätsplatz). Beginn ist 18 Uhr.

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,00 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Ideal (von Janina Niemann-Rich)

Fratzenvielfalt
durch Schönheitschirurgie
Maskenball forever

Vergebens (von Janina Niemann-Rich)

wenn du weißt
der Tag kommt
an dem du gehst
bleib!

Geerdet (von Janina Niemann-Rich)

Blätterhaufen
Erntezeit
Igelglück



Drachen statt Drohnen

Am 4. Oktober zeigte auch DIE LINKE. Rostock an einem Aktionstag, was sie von der Anschaffung von Kampfdrohnen hält: Nichts! Also ließen wir im Stadthafen statt Drohnen Drachen steigen.

DIE LINKE appelliert: Keine Kampfdrohnen!

Wir sind gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung. Aktuell ist die Bundesregierung offenbar entschlossen, die Bundeswehr mit unbemannten bewaffneten Flugzeugen (Kampfdrohnen) auszustatten. Wir lehnen Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt, „gezielte“ Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen bedeutet - ohne Anklage, Verfahren und Urteil, die Bevölkerung betroffener Landstriche terrorisiert und sie an Leib und Leben gefährdet, die Entwick-



lung autonomer Killer-Roboter befördert und noch schrecklichere Kriege zur Folge hätte, eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt. Wir fordern von Bundesregierung und Bundestag, den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen.

Foto: Eva-Maria Kröger

Musikalische Weltreise



Am 30.10. lud unsere Genossin Dorothee Barndt zur Charity-Veranstaltung ins Restaurant Casa Mia. Das Frauenhaus freute sich über eine Spende in Höhe von 300 Euro.

Auf Seite 15 findet Ihr die Einladung zur nächsten Charity-Gala unserer engagierten Genossin aus Lütten-Klein.

Fotos: Karl-Ludwig Spengler



Gewinner: Friedrich Schorlemmer. Er ist der Beweis, dass nicht jeder ehemalige DDR-Bürgerrechtler die LINKE für unwürdig hält, einen Ministerpräsidenten zu stellen. Thüringen sei nicht der Erbhof einer Partei, sagt er.

Verlierer: Das Finanzamt Frankfurt hat den Globalisierungskritikern von attac die Gemeinnützigkeit entzogen.

Monatszitat

„Wer die DDR noch 25 Jahre nach ihrem Ende in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu keiner differenzierenden Betrachtung des Lebens in diesem Land gelangen.“ Friedrich Schorlemmer in der Süddeutschen Zeitung.

Monatszähl

Im Osten folgen der Begrifflichkeit „Unrechtsstaat“ lediglich 30 Prozent. 57 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern gaben an, die DDR sei ihrer Ansicht nach kein Unrechtsstaat gewesen. Mit 98 Prozent hätten nahezu alle Anhänger der Grünen die Auffassung vertreten, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Im SPD-Lager seien 77 Prozent dieser Meinung, in dem der Union 73 Prozent. Bei Anhängern der Linkspartei waren der Erhebung zufolge nur 28 Prozent dieser Auffassung.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand die Landesbasiskonferenz gegen Neofaschismus statt?
2. Wo wurde des Antifaschisten Rudolf Mokry gedacht?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.12.2014